Naturschutzgebiet Nr. 3 - "Naturwaldreservat Fichtelseemoor"

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13/1982

Verordnung über das Naturschutzgebiet "Naturwaldreservat Fichtelseemoor"

Vom 21. April 1982,
geändert durch Verordnung vom
22. Oktober 2001 (OFRABI S. 209)

Auf Grund von Art. 7, Art. 45 Abs. 1 Nr. 2 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

§ 1 Schutzgegenstand

Das Gebiet zwischen Fichtelberg und der Bundesstraße 303 in der Gemeinde Fichtelberg, und in den gemeindefreien Gebieten Fichtelberg, Neubauer Forst-Nord (Landkreis Bayreuth) und Neubauer Forst-Süd (Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge) wird unter der Bezeichnung "Naturwaldreservat Fichtelseemoor" in den in § 2 näher bezeichneten Grenzen als Naturschutzgebiet geschützt.

§ 2 Schutzgebietsgrenzen

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 139,2 Hektar.

(2) Es umfaßt die nachstehend aufgeführten Flurstücke, wobei Teilflächen davon mit (t) gekennzeichnet sind:

im Landkreis Bayreuth, gemeindefreies Gebiet Fichtelberg, Gemarkung Fichtelberg, die Flurstücke 827, 827/2, 827/3, 831 (t), 835 und 836 (t),

im Landkreis Bayreuth, Gemeinde Fichtelberg, Gemarkung Fichtelberg, das Flurstück 828 (t).

im Landkreis Bayreuth, gemeindefreies Gebiet Neubauer Forst-Nord, Gemarkung Neubauer Forst-Nord, das Flurstück 5 (t),

im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, gemeindefreies Gebiet Neubauer Forst-Süd, Gemarkung Neubauer Forst-Süd, die Flurstücke 3 (t), 4 (t), 6 (t), 7 (t) und 8 (t).

(3) Die Grenzen des Schutzgebietes ergeben sich aus der Schutzgebietskarte (Anlage) die Bestandteil dieser Verordnung ist.

§ 3 Schutzzweck

Zweck der Festlegung des Naturschutzgebietes ist es,

1. den Spirken-Fichten-Moorwald mit seiner Pflanzen- und Tierwelt bestandsmäßig unbeeinflußt zu erhalten,
2. den nördlichen Teil des Fichtelsees mit seinen Verlandungszonen und den Schwinggrasen zu schützen,
3. als Schutzbereich für den Moorwald benachbarte Waldbestände zu sichern.

§ 4 Verbote

(1) ¹Im Naturschutzgebiet ist nach Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG jede Veränderung verboten, insbesondere jede Maßnahme, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Umgestaltung dieses Gebietes oder seiner Bestandteile führen kann. ²Es ist deshalb vor allem verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten oder zu ändern,
2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
3. Straßen, Wege, Pfade, Steige oder Parkplätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,

4. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, die natürlichen Wasserläufe und Wasserflächen einschließlich deren Ufer, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern oder neue Gewässer anzulegen.
5. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
6. die Lebensbereiche (Biotope) der Tiere und Pflanzen zu stören oder nachteilig zu verändern, insbesondere sie durch chemische oder mechanische Maßnahmen zu beeinflussen,
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen
8. Pflanzen oder Pflanzenbestandteile zu entnehmen oder zu beschädigen oder deren Wurzeln, Knollen oder Zwiebeln auszureißen, auszugraben oder mitzunehmen
9. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen oder zu töten Brut- oder Wohnstätten oder Gelege solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
10. Sachen im Gelände zu lagern,
11. Feuer anzumachen,
12. Bild- oder Schrifftafeln anzubringen,
13. eine andere als die nach § 5 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben.

(2) Im Naturschutzgebiet ist es nach Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayNatSchG verboten:

1. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen mit Fahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder diese dort abzustellen sowie außerhalb der zugelassenen Wege zu reiten,
2. das Gelände außerhalb der öffentlichen und privaten Straßen und Wege und der von der unteren Naturschutzbehörde markierten Wegen zu betreten; dies gilt nicht für den Grundeigentümer oder sonstigen Berechtigten,
3. zu zelten,
4. zu lärmern oder Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen.

§ 5 Ausnahmen

(1) Ausgenommen von den Verboten nach Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG und § 4 dieser Verordnung sind:

1. die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Aufgaben des Jagdschutzes,
2. die rechtmäßige Ausübung der Fischerei
3. Maßnahmen zur Unterhaltung der Straßen, Wege, Gewässer und deren Ufer sowie der Entwässerungseinrichtungen im notwendigen Umfang,
4. das Fällen und Ausrücken von Bäumen, wenn es aus Gründen der Sicherheit für die Benutzung der Straßen oder markierten Wege erforderlich ist, sowie Aufgaben des Forstschutzes,
5. das Verfüllen von Gräben, soweit diese eine entwässernde Wirkung haben, oder der Aufstau des Wassers in diesen Gräben, sowie das Freihalten der jetzigen Vorflutgräben, die zur Ableitung streusalzhaltiger Abwässer aus dem Bereich der Bundesstraße 303 dienen,
6. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Gebietes hinweisen, oder von Wegemarkierungen, Warn tafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung des Landratsamts als untere Naturschutzbehörde erfolgt,
7. die entsprechend der Zielsetzung der Naturwaldreservate von der Staatsforstverwaltung im Einvernehmen mit der Regierung von Oberfranken als höherer Naturschutzbehörde angeordneten und zur Erhaltung des Schutzgebietes notwendigen Überwachungs-, Schutz- und Pflegemaßnahmen sowie entsprechende Forschungsvorhaben.

(2) Die Durchführung von umfangreichen Unterhaltungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 3 bedarf der vorherigen Genehmigung der Regierung von Oberfranken als höherer Naturschutzbehörde, soweit die Maßnahmen nicht unaufschiebbar sind.

§ 6 Befreiungen

(1) Von den Verboten des Bayerischen Naturschutzgesetzes und dieser Verordnung kann gemäß Art. 49 BayNatSchG in Einzelfällen Befreiung erteilt werden, wenn

1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Befreiung erfordern oder
2. die Befolgung des Verbots zu einer – offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des Bayerischen Naturschutzgesetzes, insbesondere mit den Zwecken des Naturschutzgebietes "Naturwaldreservat Fichtelseemoor" vereinbar ist.

(2) Zuständig zur Erteilung der Befreiung ist die Regierung von Oberfranken als höhere Naturschutzbehörde, soweit nicht nach Art. 49 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BayNatSchG die oberste Naturschutzbehörde zuständig ist.

§ 7 Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 1 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG im Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt, insbesondere den Verboten des § 4 Abs. 1 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

(2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 4 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Verbot des § 4 Abs. 2 dieser Verordnung über das Fahren und Abstellen von Wohnwagen und Fahrzeugen aller Art, das Reiten, das Betreten des Geländes, das Zelten, das Lärmen oder das Benutzen von Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräten zuwiderhandelt.

§ 8 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 19. Juni 1982 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung des Regierungspräsidenten in Ansbach vom 29. Juli 1939 über das "Naturschutzgebiet Torf, See- und Hüttenlohe" (Bayerischer Regierungsanzeiger 218/219), geändert durch Verordnung vom 24. November 1976 (GVBl S. 490), außer Kraft.

München, den 21. April 1982

Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen
Alfred Dick, Staatsminister